UNO-Klimagipfel

Peking gehen die Ausreden aus

Kein Land bläst mehr Treibhausgase in die Luft als China. Der Schutz des Klimas steht und fällt mit dem Land. Auch die Führer in Peking scheinen das mittlerweile anzuerkennen und reden von einem «Krieg».

Kai Strittmatter
Peking

Jahrelang hatte sich China hinter dem Etikett des armen «Entwicklungslandes» versteckt und auf die Verantwortung des reichen Westens verwiesen, der mit seiner rücksichtslosen Industrialisierung den Planeten Erde erst an den Rand des Kollaps gebracht habe. Falsch ist das nicht, aber mittlerweile ist ebenso klar: Wegducken geht nicht mehr. «Der Westen trägt eine historische Verantwortung, ja. Aber China ist schon seit 2006 der grösste Produzent von Klimagasen weltweit», sagt in Peking Ma Jun, einer der bekanntesten Umweltschützer des Landes, Direktor des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und Umweltschutz IPE. «Und wir erleben die katastrophalen Folgen der Umweltverschmutzung selbst. Wir müssen Verantwortung übernehmen.»

Mehr als eine Million Opfer

Chinas unglaublicher Boom ging in den letzten Jahrzehnten einher mit einer ebenso unglaublichen Umweltzerstörung. Kein Wunder: Der Treibstoff des chinesischen Wirtschaftswunders war und ist schmutzige Kohle. 28 Prozent aller Treibhausgase weltweit stammten im letzten Jahr aus China. Und spätestens seit der Dreck, den Chinas Fabriken in die Luft bläst, auch den Himmel über Peking verdüstert, sehen die KP-Führer im Kampf gegen die Emissionen ihrer Industrie auch ureigenste Interessen: Die Luftverschmutzung kostet, so steht es in dem kürzlich veröffentlichten «Better Growth, better Climate»-Bericht, mehr als eine Millionen Chinesen im Jahr das Leben. Sie lässt bei Chinas Städtern den Unmut gefährlich wachsen.

Die alten Argumente ziehen auch sonst nicht mehr so recht. Wenn die USA China in der Vergangenheit seinen Rekord-CO_2-Ausstoss vorwarf, dann konterte Peking gerne mit dem Hinweis auf die vielfachen Pro-Kopf-Emissionen der energieverschwendenden Amerikaner. Tatsächlich stehen die Amerikaner da weltweit noch immer an der Spitze – aber China holt auf: Zum ersten Mal überflügelten 2013 die Chinesen die Europäer beim Pro-Kopf-Ausstoss von Klimagasen. 60 Prozent des Zuwachses an Emissionen weltweit seit 2002 gehen auf das Konto Chinas. Als «Fabrik der Welt» ist China dabei nicht für sämtliche Emissionen allein verantwortlich, schliesslich entsteht ein Teil davon bei der Produktion für den Export. Beim «Global Carbon Project» schätzt man, dass Chinas Exporte für 20 bis 30 Prozent der Emissionen verantwortlich sind.

Es war Premier Li Keqiang, der im März dieses Jahres eine «ökologische Zivilisation» zum Ziel erklärte und dem Dreck in der Luft den «Krieg» erklärte. China experimentiert auch schon seit vielen Jahren mit erneuerbaren Energien, steckte viele Milliarden Franken in Wind- und Solartechnik und ist seit einiger Zeit auch hier Weltmeister: Nirgendwo sonst sind die installierten Kapazitäten bei Solar- und Windenergie so gross wie in China. Vor allem die neuen Windanlagen wurden viel beklatscht, stehen aber oft noch weitab der Stromtrassen in unzugänglichen Gegenden in Chinas Westen. Insgesamt sind die erneuerbaren Energien bislang noch nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Das Problem dabei aus Sicht der Klimaschützer: Das Wirtschaftswunder ist gefrässig, die Entwicklung hält nicht Schritt mit dem rasanten Wachstum. Der Energieverbrauch soll sich bis zum Jahr 2030 noch einmal verdoppeln – und ein grosser Teil des zusätzlichen Bedarfs wird wieder mit Kohle gedeckt werden. Die billige Kohle deckte zuletzt mehr als zwei Drittel des Energiebedarfs, in diesem Jahr soll der Anteil auf unter 65 Prozent gedrückt werden und weiter fallen – bei wachsender Wirtschaftsleistung heisst das dennoch, dass viele neue Kohlekraftwerke gebaut werden. China verbraucht heute schon so viel Kohle wie der Rest der Welt zusammen, und der Verbrauch wird weiter wachsen, manche Experten prophezeien erst 2025 oder 2030 den Scheitel des Kohleverbrauchs.

Umweltbewusstsein wächst

Energieexperten wie Zheng Xinye von der Pekinger Volksuniversität verlangen deshalb, dass die Regierung mehr Geld in Innovation und Nachrüstung der bestehenden Dreckschleudern steckt: China könne nicht auf Energie aus Kohle verzichten, also müsse sie wenigstens sauberer werden. Umweltschützer Ma Jun fordert zudem den Abbau längst bekannter Überkapazitäten in Industrien wie Stahl und Zement, wo riesige, alte Staatsbetriebe auf Halde produzieren und dabei die Umwelt verpesten. Die Regierung scheut bislang solche Stilllegungen, weil sie Arbeitslosigkeit fürchtet. Vor allem in den letzten zwei Jahren aber, sagt Ma Jun, seit der Smog-Apokalypse in den Städten Nordchinas, sei das Umweltbewusstsein der Bürger gewachsen. Sein Institut entwickelte eine Smartphone-App, mit dem man die Emissionswerte bestimmter Unternehmen verfolgen kann. «Viele schicken die Werte der Umweltsünder in den sozialen Medien weiter. Das zwingt die Unternehmen, zu reagieren. Was wir bräuchten, wäre noch viel mehr Transparenz.»

China verbraucht so viel Kohle wie der Rest der Welt zusammen: Kohlekraftwerk in Datong. Foto: Jason Lee (Reuters)

China stösst pro Kopf mehr CO_2 aus als die Schweiz

Die Emissionen beim Treibhausgas steigen stärker als erwartet. In 30 Jahren ist die kritische Grenze erreicht.

Martin Läubli

Der globale Ausstoss des Treibhausgases CO_2 entspricht den höchsten Emissionsszenarien des UNO-Klimarats IPCC. Der Anstieg ist zwar im Durchschnitt in den letzten Jahren etwas gesunken. Doch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Gas sowie die Zementproduktion verursachten 2013 immer noch ein Wachstum von 2,3 Prozent – in den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts betrug die Rate 3,3, in den 90er-Jahren rund 1 Prozent.

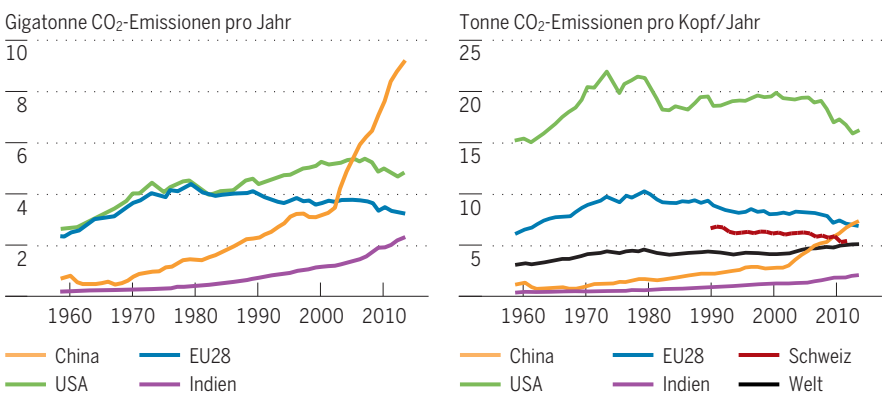
Der Mensch entlässt also immer noch viel mehr Treibhausgase in die Atmosphäre, als die Vegetation und das Meer ihr wieder entnehmen. Das geht aus den verschiedenen Arbeiten hervor, die zusammen mit der neusten Emissionsstatistik in «Nature Geoscience online» veröffentlicht wurden. «Die ökonomischen Modelle der Vergangenheit waren zu optimistisch in den Annahmen zur Technologieentwicklung und wie schnell die Gesellschaft umdenkt», sagt Mitautor, ETH-Forscher Reto Knutti. So sind die Emissionen derzeit immer noch stark an das Wirtschaftswachstum gekoppelt. Das heisst, technische Effizienzsteigerungen werden durch das Wachstum in Produktion und Konsum kompensiert. Die Folgen: Rund zwei Drittel des CO_2-Budgets seien seit Beginn der Industrialisierung bereits aufgebraucht, wenn man mit einer Sicherheit von 66 Prozent eine Erderwärmung von 2 Grad verhindern will, heisst es in einer der Studie.

Die 2-Grad-Grenze ist ein Richtwert. Wird er übertroffen, steigt laut Klimaforschern das Risiko, dass Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten und die Zahl der Naturkatastrophen deutlich ansteigen wird. Die Forscher rechnen damit, dass das CO_2-Budget in 30 Jahren aufgebraucht sein wird, falls die heutige Emissionsrate nicht gesenkt wird. «Dann müssten die Emissionen weltweit null betragen», sagt Knutti.

Import hebt Werte an

Die grössten CO_2-Produzenten sind nach wie vor China, die USA, die EU und Indien, die zusammen für 80 Prozent des Wirtschaftswachstums verantwortlich sind und rund 58 Prozent der globalen Emissionen verursachen. China konnte den Anstieg mit 4,2 Prozent im letzten Jahr etwas senken, ist aber inzwischen jene Nation mit dem grössten Ausstoss weltweit, der mit einem weiteren Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum noch mehr ansteigen wird. Beunruhigend ist, dass mittlerweile auch die Pro-Kopf-Rate stark angestiegen ist. Mit 7,2 Tonnen CO_2 pro Person und Jahr liegt das Schwellenland nun über der reichen Schweiz. Werden allerdings die importierten Güter berücksichtigt, deren Herstellung im Ausland Treibhausgase produziert, dann liegt der Wert der Schweiz im europäischen Durchschnitt von 12,5 Tonnen. In den USA, in Australien und in Luxemburg beträgt der CO_2-Ausstoss pro Kopf jedoch gegen 20 Tonnen.

Seit dem Jahr 2000 nimmt der Ausstoss in China stark zu



TA-Grafik /Quelle: globalcarbonproject 2014/ Bundesamt für Umwelt

Gefragt ist ein starkes Signal

Erstmals seit dem Scheitern von Kopenhagen treffen sich wieder Regierungschefs zu einem Klimagipfel.

Martin Läubli

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon möchte heute am eintägigen Klimagipfel in New York etwas bewegen. Es würden konkrete Initiativen seitens der Vertragsstaaten der UNO-Klimarahmenkonvention erwartet, heisst es in einer Pressemitteilung. Das UNO-Generalsekretariat hat zum Gespräch eingeladen, treffen sollen sich erstmals seit der gescheiterten Klimakonferenz 2009 wieder Staats- und Regierungschefs; auch der amerikanische Präsident Barack Obama hat sich angekündigt.

Die Rhetorik im Vorfeld ist jedoch dieselbe geblieben wie stets in den letzten Jahren. Es sind die gängigen Aufforderungen an die Politik, den Ernst der Lage zu begreifen: «Es gibt keinen Plan B, wie es auch keinen Planeten B gibt», weiss Ban Ki-moon. Um die Dringlichkeit zu betonen, schloss er sich am Sonntag den rund 300 000 Aktivisten, Künstlern und Kindern an, die in einem Protestzug durch New York marschierten. Die Chefin des UNO-Klimasekretariats, Christiana Figueres, wiederum erwartet, dass nun die ersten versprochenen Milliarden der Industriestaaten in den Green Climate Fund fliessen, um den Schwellen- und Entwicklungsländern zu helfen, sich von der fossilen Energie zu verabschieden und den Klimaveränderungen anzupassen. Das wäre ein starkes Signal.

Der Klimagipfel ist keine Verhandlungsrunde, dafür sind die Konferenzen zuständig – die nächste im Dezember in Lima. Das Gipfeltreffen soll Zuversicht für die kommenden Verhandlungen schaffen. Ende nächsten Jahres wird wieder in Paris um einen neuen Klimavertrag für die Zeit nach 2020 gefeilscht. Ein Vertrag, der alle Länder, nicht nur die traditionellen Industrieländer, in die Pflicht nehmen soll, den Ausstoss von Treibhausgasen stark zu reduzieren.

Versprechen reichen nicht

Was an bisherigen Versprechen auf dem Verhandlungstisch liegt, ist ungenügend, nimmt man die Erderwärmungsgrenze von 2 Grad zum Massstab, welche die Klimavertragsstaaten festgelegt haben. Die gestern veröffentlichten Zahlen führender Klimaforscher bekräftigen frühere Schätzungen. Bei der bisherigen globalen Klimapolitik ist mit einer Erderwärmung von rund 3,7 Grad bis Ende des Jahrhunderts zu rechnen. Welche Efforts es braucht, zeigen die Forscher am Beispiel der Kohlekraft: Würde man die Kohlenkraft im Stromsektor ganz durch erneuerbare Energieträger ersetzen, würde man erst eine weitere Erwärmung von 0,5 Grad verhindern. Es braucht also weitaus grössere Anstrengungen. Grosse Ankündigungen sind allerdings in New York nicht zu erwarten. Die EU-Regierungschefs zum Beispiel entscheiden erst im Oktober über strengere Klimaschutzziele für die Zeit nach 2020. Auch die Schweiz ist noch nicht bereit, Versprechen abzugeben.